



Antwort
zur Anfrage Nr. AF/0074/2019

Vorlage: AW/0095/2019		Datum: 23.08.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	10-Amt für Personal und Organisation	Az.:	
Betreff:			
Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Sachstand Digitalisierung in der Verwaltung			
Gremienweg:			
29.08.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Antwort:

Sachstand Digitalisierung in der Stadtverwaltung Koblenz

Landes- und bundesweit arbeiten die öffentlichen Stellen an der Digitalisierung der Verwaltungen. Auch die Stadtverwaltung Koblenz arbeitet mit Hochdruck an der innerstädtischen Digitalisierung, um die Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung effizienter und das Dienstleistungsangebot bürgerfreundlicher zu gestalten.

Der EB 17/KGRZ und das Amt 10/Personal und Organisation arbeiten hierzu gemeinsam mit den Fachämtern an der Umsetzung einer Vielzahl von Digitalisierungsprojekten. Basierend auf dem vom Stadtrat im November 2017 beschlossenen E-Government-Konzept der Stadtverwaltung Koblenz sowie den Bedarfsmeldungen der Fachämter, werden die Digitalisierungsprojekte strukturiert angegangen und prioritär abgearbeitet.

Ein weiterer Baustein zur Bewältigung der Digitalisierungsaufgaben ist die Einführung eines neuen Rollenmodells innerhalb der Verwaltung. Das neue Rollenmodell regelt dabei die Aufgaben und Zuständigkeiten der an der Digitalisierung beteiligten Verwaltungseinheiten (Stadtvorstand, technisches und strategische IT-Management, IT-Anwender in den Ämtern) sowie des neu einzurichtenden Digitalbeirates (bestehend aus Mitgliedern innerhalb und außerhalb der Verwaltung). Durch das neue IT-Rollenmodell soll eine abgestimmte, zügige und inhaltlich fundierte Umsetzung der Digitalisierungsanforderungen erfolgen.

Die Entscheidung des Haupt- und Finanzausschuss, das IT-Budget für die Kernverwaltung zu erhöhen, machte die Umsetzung der verschiedenen Projekte erst möglich und führt bereits zu ersten „digitalen Dividenden“. Folgende Projekte von zentraler Bedeutung sind 2019 in den regulären Betrieb gewechselt:

- Modernisierung von Koblenz.de und des Intranets
- Einführung von Outlook
- GeoPortal Koblenz
- Social Media (Koblenz-Baut)
- Einführung der KFZ-E-Akte in der Zulassungsstelle
- Ausstattung der Mitarbeiter mit zeitgerechter EDV-Ausstattung
- Mobile Anbindung von Außendienstmitarbeitern an das städtische Netz sowie bereits eingeführter Fachanwendungen

Mit der Umsetzung der o.g. Projekte ist die Digitalisierung der Stadtverwaltung jedoch bei weitem noch nicht abgeschlossen. So werden beispielsweise die folgenden Projekte derzeit von der Verwaltung bearbeitet und sind von zentraler Bedeutung für die Verbesserung innerstädtischer Verwaltungsabläufe (weitere Projekte werden folgen):

- Einführung zentrale E-Akte (DMS)
- Einführung der E-Rechnung
- EU-Projekt IFloat (Einheitlicher zentraler Rechnungseingang)
- Einführung neue Zeitwirtschaft
- E-Government Suite Civento
- Computer-Aided Facility Management
- Social Media (Stadtverwaltung Koblenz)
- E-Payment (Online-Bezahlungsmöglichkeiten)

In der beigelegten Anlage 1 werden beispielhaft zwei für die Verwaltungsarbeit wichtige Projekte sowie deren derzeitiger Bearbeitungsstand beschrieben (Projekt „DMS – Dokumentenmanagementsystem“ und „iFloat“).

Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit mit dem Amt 80/Amt für Wirtschaftsförderung die Digitalisierungsbemühungen der Stadtverwaltung im Kontext „Smart-City“ neu organisiert.

Bei der Umsetzung aller Digitalisierungsprojekte lässt die Verwaltung stets auch die Bemühungen anderer (insbesondere rheinland-pfälzischer) Behörden nicht außer Acht. Es wird dabei versucht, Projekte gemeinsam umzusetzen oder zumindest von Erfahrungen anderer Verwaltungen zu profitieren und hierdurch Kosten und Aufwand einzusparen. Die Abstimmung innerhalb der rheinland-pfälzischen Kommunalfamilie erfolgt dabei auch vor dem Hintergrund des bundesweit geltenden und umzusetzenden Onlinezugangsgesetz (OZG). Aufgrund dieses Gesetzes sind alle öffentlichen Stellen bundesweit dazu verpflichtet, ihre Behördenleistungen dem Bürger online zugänglich zu machen. Die Stadtverwaltung Koblenz arbeitet bei der Umsetzung dieses zentralen Digitalprojektes bereits eng mit der Stadtverwaltung Trier zusammen.

Mit der zunehmenden Digitalisierung der Stadtverwaltung rückt die Vernetzung der städtischen Objekte untereinander vermehrt in den Fokus. Hier werden mittel bis langfristig Investitionen notwendig sein, um die gesteigerten Anforderungen an die Gebäudeleittechnik, das Verwaltungsnetz, das Schul- und Videonetz, Voice-over-IP (Internettelefonie), Fachverfahren oder „Smart-City“-Anwendungen bewältigen zu können.

Beim Ausbau der schulischen Infrastrukturen könnte auch der aufgelegte „Digitalpakt Schule“ mit seinen Fördermitteln Möglichkeiten eröffnen. Ziel des Förderprogramms des Bundes und der Länder ist es, die digitalen Strukturen an Schulen auszubauen und so z.B. die Anschaffung von Tablets oder Laptops zu unterstützen. Hierzu ist es jedoch seitens der Stadtverwaltung Koblenz notwendig, ein entsprechendes Medienkonzept für die Koblenzer Schulen zu erarbeiten. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Fördermittel zielgerichtet eingesetzt werden.

Im Hinblick auf den Fachkräftemangel wird es unabdingbar sein, die städtischen Mitarbeiter durch Personalentwicklungsmaßnahmen weiter zu fördern und für digitale Themen zu begeistern. Dabei werden neue Methoden zur Personalbindung notwendig sein.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Digitalisierung der Stadtverwaltung Koblenz sowie deren angebotenen Leistungen, sich im Rahmen Ihrer zur Verfügung stehenden Ressourcen entsprechend entwickelt. Dabei hat die Stadtverwaltung schon einiges erreichen können. Es stehen jedoch noch viele Digitalisierungsthemen aus.

Anlage: Ausgewählte Projektbeschreibungen

